

[Favoriten +](#) [Zeitungsansicht](#) [Drucken](#) [Schliessen](#)

Politik

Zänkische Geschwister

CDU und CSU haben sich im Streit um die Pkw-Maut verhakt

CDU und CSU streiten sich über die Pkw-Maut wie die Kesselflicker - ein Ende dieses Krachs ist nicht in Sicht. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) griff gestern in die Debatte ein: "Dieses Projekt werden wir umsetzen", sagte sie dem Fernsehsender Sat 1. Ob sich CSU-Chef Horst Seehofer mit diesem Bekenntnis zufriedengibt, ist fraglich.

Von unserer Korrespondentin Alexandra Jacobson

Berlin. Horst Seehofer hatte jüngst schwere Geschütze aufgefahren. Er bezichtigte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) der "Sabotage" und kündigte ein baldiges Ende der "Schonzeit" an. Was war geschehen? Eine Stellungnahme aus dem Bundesfinanzministerium zu den Mautplänen von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) war an die Öffentlichkeit gelangt. Im Kern gehen Schäubles Beamte davon aus, dass die Erhebung der Pkw-Maut nach dem CSU-Modell erheblich teurer kommen könnte als angenommen. Im ungünstigsten Fall würden die bürokratischen Kosten die Einnahmen sogar übersteigen. Die Bürokratie wäre auch deshalb so groß, weil die Maut nach den Plänen nur von ausländischen Kfz-Haltern bezahlt werden soll. Inländer müssten dann mittels komplizierter Gegenrechnungen über die Kraftfahrzeugsteuer entlastet werden. Entstände insgesamt ein Minusgeschäft, sollte Dobrindt die zusätzlichen Ausgaben aus den Mitteln seines Ressorts begleichen, schlägt Schäuble vor.

Dass die Maut finanziell nicht das bringt, was Dobrindt versprochen hat, ist aber nur ein Kritikpunkt, wenn auch ein wesentlicher. Mit seinem Angriff auf Schäuble verdeckt Seehofer, dass auch in der CSU Zweifel an der Maut existieren. Es war der bayerische Innenminister Joachim Herrmann, der als einer der Ersten kritisierte, dass die Dobrindt'sche Gebühr für alle Straßen gelten soll; das könnte für die mittelständische Wirtschaft in den grenznahen Gebieten zu Einbußen führen. Diese Befürchtung hegt auch die nordrhein-westfälische CDU. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) bemängelt zudem, dass Fahrzeuge zwischen 3,5 und 12 Tonnen von jeglicher Gebühr ausgenommen seien. Das könnte eine Ungleichbehandlung darstellen.

Dobrindt will in Kürze einen Gesetzentwurf vorlegen. Im niederbayerischen Abensberg stellte der CSU-Minister klar: "Ich habe nichts an meinem Plan zu ändern." Gleichzeitig bekräftigte er die Gesprächsbereitschaft der CSU: "Es wird über alles diskutiert." Die SPD schaut dem Dauerstreit der Koalitionspartner teils amüsiert und teils kopfschüttelnd zu. Achim Post (SPD), Mitglied im Verkehrsausschuss des Bundestages, hält den Zank für ein Trauerspiel: "Im dritten Akt werden die Mautpläne dann sang- und klanglos die Bühne verlassen. Bleiben werden viel heiße Luft und viele unzureichende Straßen-, Schienen- und Wasserwege." | Kommentar

© 2014 Neue Westfälische
12 - Bad Oeynhausen, Dienstag 09. September 2014